



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 11
18.03.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 36 % und 34 %, SPD zwischen 24,5 % und 21 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen leicht verbessert
-------------	--

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Lage in Syrien und Flüchtlingskrise werden als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	--

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	GMS³	FG Wahlen⁴ für ZDF
CDU/CSU	35 (-)	34 (-2)	35,0 (+1,5)	36 (-1)	35 (-1)
SPD	22 (-1)	22 (-2)	24,5 (+0,5)	21 (-3)	23 (-2)
FDP	7 (+1)	6 (+1)	7,0 (-)	7 (+2)	6 (+1)
DIE LINKE	10 (+1)	9 (-)	9,0 (-1,0)	8 (-2)	8 (-1)
B'90/Grüne	10 (-1)	13 (+2)	10,0 (-)	10 (+1)	12 (+2)
AfD	11 (+1)	13 (+2)	10,5 (-)	14 (+3)	12 (+2)
Sonstige	5 (-1)	3 (-1)	4,0 (-1,0)	4 (-)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.	10.-16.03.	26.02.-10.03.	14.-16.03.	15.-17.03.

Die Union liegt bei GMS 15 (+2), bei forsa 13 (+1), bei Emnid 12 (-), bei FG Wahlen 12 (+1) und bei IfD Allensbach 10,5 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei Emnid liegen die Grünen bei 13 %. Dies ist der höchste Wert seit August 2013.

Bei GMS liegt die AfD bei 14 %. Dies ist der höchste Wert, den GMS seit Gründung der Partei gemessen hat.

Bei GMS liegt die SPD bei 21 %. Dies ist der niedrigste Wert seit November 2009.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	50 (-)
Gabriel	14 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 36 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 59 % (+1) für Merkel und 6 % (-1) für Gabriel entscheiden.

38 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 36 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (20.03.2016)

² im Vergleich zur KW 7

³ im Vergleich zur KW 7

⁴ im Vergleich zur KW 7

Problemlösungskompetenz

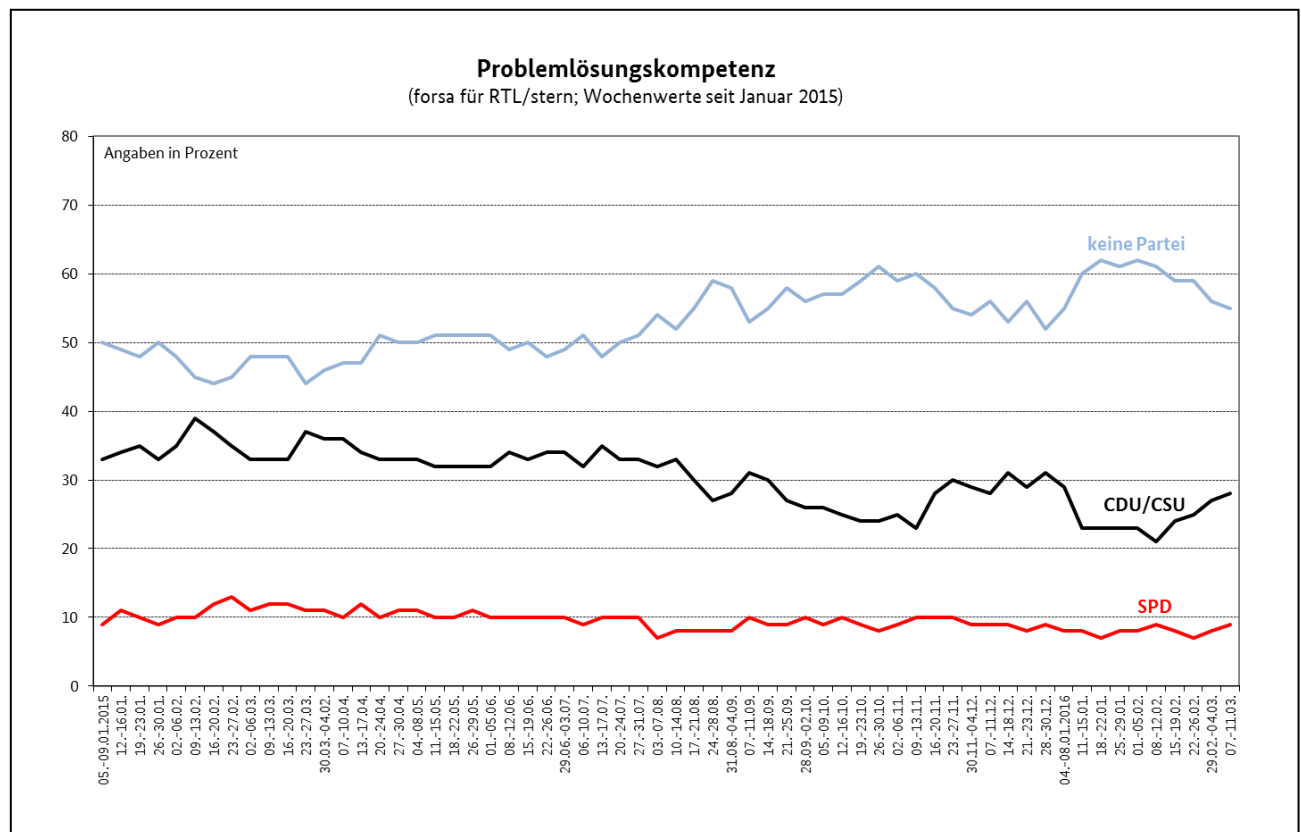
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28 (+1)	
SPD	9 (+1)	
sonstige Parteien	8 (-1)	
keine Partei	55 (-1)	
Erhebungszeitraum	07.-11.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

64 % (+2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 35 % (+3) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (-)	25 (-)	1 (-1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-)	33 (+2)	3 (-2)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (+1)	32 (-2)	5 (-)	0 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	59 (+4)	34 (-4)	5 (-)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	58 (-5)	37 (+5)	4 (-)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-3)	38 (+2)	2 (-1)	2 (+2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	51 (-2)	35 (-)	11 (+2)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+1)	43 (+5)	5 (-4)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	50 (+3)	43 (-2)	6 (+1)	1 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	48 (-1)	40 (+1)	7 (-)	3 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (+2)	44 (-1)	11 (-1)	1 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (+2)	45 (-1)	13 (-1)	1 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	38 (+4)	47 (-4)	13 (+1)	2 (-)
neue Technologien fördern	35 (+3)	45 (-7)	17 (+4)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	32 (+7)	52 (-3)	13 (-4)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	32 (+2)	46 (-2)	19 (+2)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	31 (-)	53 (+1)	13 (-)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	31 (-4)	52 (+5)	13 (-2)	3 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	27 (-)	55 (+1)	13 (-2)	3 (-)
für Preisstabilität sorgen	27 (-2)	54 (+4)	16 (-1)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von 40- bis 49-Jährigen (82 %) sowie von Anhängern der Grünen (81 %), der Linkspartei (80 %) und der SPD (78 %) als besonders prioritär angesehen. 30- bis 39-Jährige (61 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (67 %) sowie Anhänger der AfD (64 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Personen mit mittlerer formaler Bildung (74 %) und Anhängern der AfD (69 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (70 % zu 55 %) und über 40-Jährige häufiger als unter 40-Jährige (68 % zu 54 %). Personen mit hoher formaler Bildung (54 %) und Anhänger der Grünen (57 %) sehen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Der Umwelt- und Klimaschutz wird von über 50-Jährigen (67 %) sowie von Anhängern der SPD (73 %), der Linkspartei (71 %) und der Grünen (69 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (71 % zu 53 %), 30- bis 39-Jährige (46 %) und Anhänger der AfD (53 %) unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen März 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2016

Erhebung für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	73 (+2)	18 (-3)
neue Technologien fördern	67 (-)	22 (-4)
für Preisstabilität sorgen	67 (-1)	26 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-3)	27 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (-)	31 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (-2)	37 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	59 (+1)	36 (-4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	59 (-1)	39 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	58 (-)	39 (-)
Staatsschulden begrenzen	57 (+4)	38 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	57 (-1)	39 (-)
Verbraucherschutz stärken	55 (+1)	37 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-)	41 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+2)	46 (-3)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (-)	46 (-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (+2)	52 (-4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (+1)	52 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	38 (+1)	58 (-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	32 (+1)	66 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-2)	68 (+2)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (73 %).

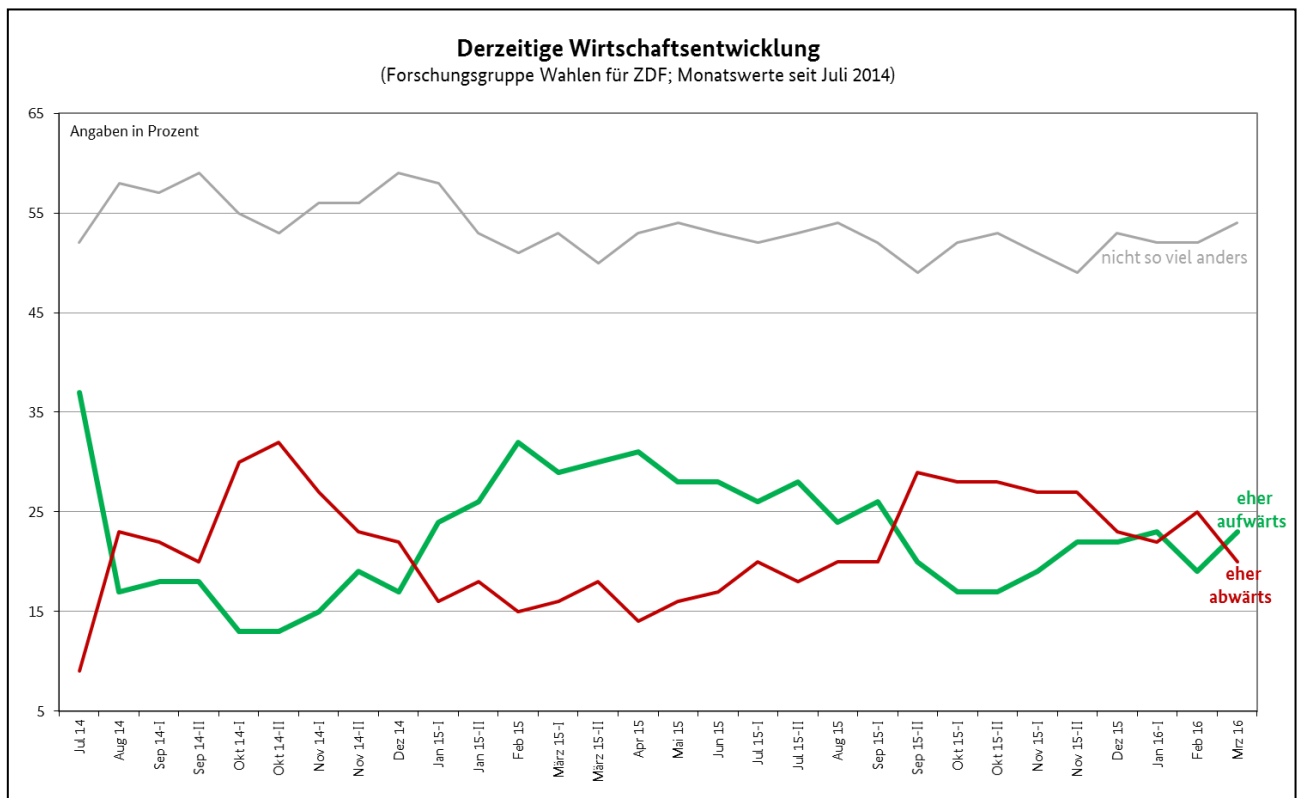
Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	23	(+4)
eher abwärts	20	(-5)
nicht so viel anders	54	(+2)
Erhebungszeitraum	15.-17.03.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 7 deutlich verbessert.

Anhänger der AfD (31 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



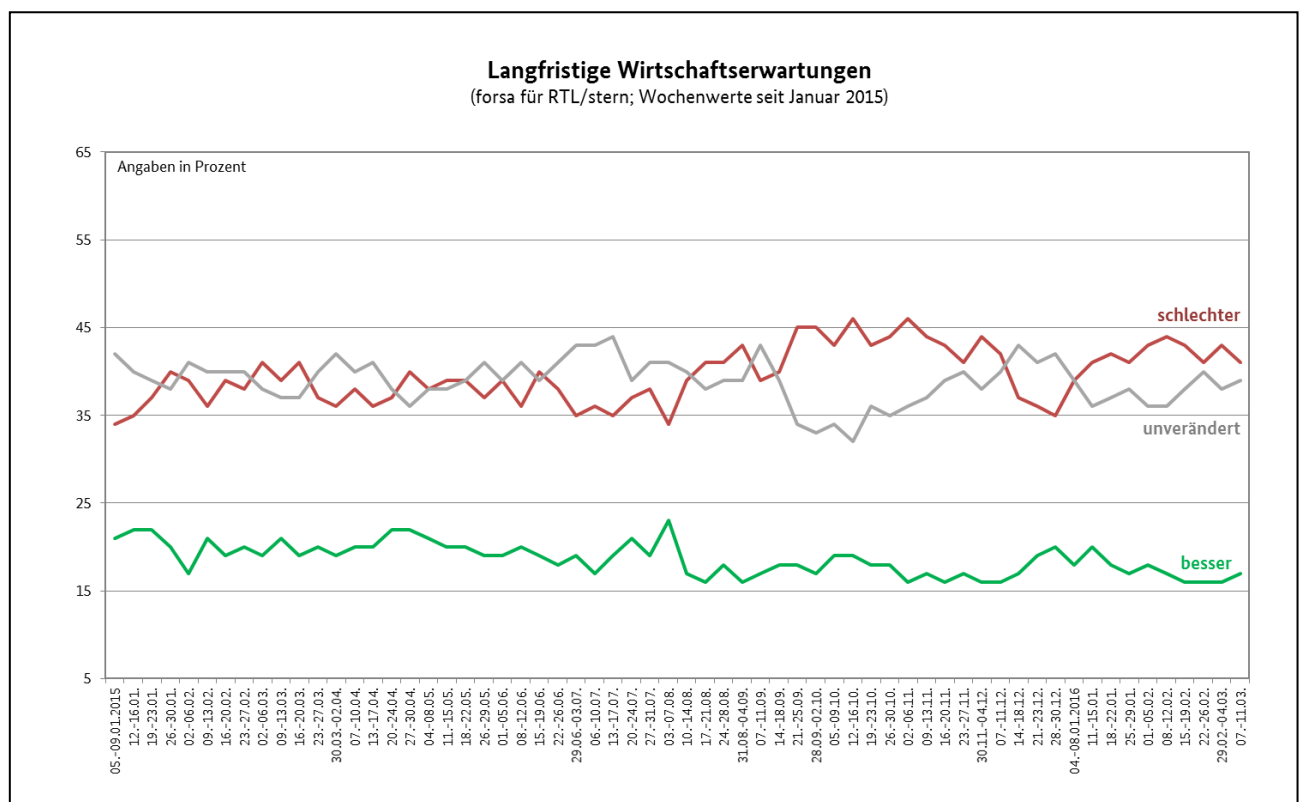
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(+1)
schlechter	41	(-2)
unverändert	39	(+1)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
sehr große	14	(-2)
große	47	(-1)
wenig	32	(+2)
keine	7	(+2)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.	

Personen mit einfacher formaler Bildung (69 %) und Anhänger der AfD (74 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 52 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (68 % zu 49 %).

Anhänger der Grünen (48 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
Syrien	21	(-10)
Asylbewerber, Flüchtlinge	20	(+2)
Naher Osten, arabische Länder	11	(-)
Islamischer Staat (IS)	10	(-1)
Krieg/Terrorismus allgemein	6	(-3)
Ukraine	5	(-)
Russland	5	(-5)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.	

Nach Meinung der Bundesbürger drohen von der Lage in Syrien und der Flüchtlingskrise die größten Gefahren für Deutschland.

30- bis 44-Jährige (27 %) sowie Anhänger der FDP (37 %) und der AfD (27 %) benennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich oft als die größte Gefahrenquelle für Deutschland. Personen mit einfacher formaler Bildung (16 %) nennen dieses Thema unterdurchschnittlich häufig.

Anhänger der Union (25 %) nennen die Flüchtlingskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Anhänger der FDP (12 %), der Linkspartei (13 %) und der SPD (15 %) nennen dieses Thema unterdurchschnittlich oft.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	25 (+1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	13 (+2)
Deutschland tut bereits genug	60 (-3)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.

Personen mit hoher formaler Bildung (33 %), unter 45-Jährige (31 %), Männer und Geringverdiener (jew. 30 %) sowie Anhänger der Linkspartei (47 %), der Grünen (40 %) und der SPD (31 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 18 %) sowie Anhänger der AfD (34 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen (68 %), über 60-Jährige (66 %), Personen mit mittlerem Einkommen (65 %) sowie Anhänger der Union (71 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41 (-4)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17 (+4)
verhält sich alles in allem genau richtig	37 (-)
Erhebungszeitraum	07.-11.03.

Ostdeutsche (52 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (47 %) sowie Anhänger der FDP (51 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (26 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) sowie Anhänger der Union (51 %) und der Grünen (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	63 (-5)
Landtagswahlen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt	18 (+16)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-4)
Entwicklung der AfD	7 (+5)
Erhebungszeitraum	14.-15.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen 30- bis 44-Jährige (70 %) sowie Anhänger der SPD (74 %) und der Union (72 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Unter 30-Jährige (55 %), Ostdeutsche (57 %), Männer (58 %) sowie Anhänger der Linkspartei (51 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

